

Artikel 11

Diese Konvention, deren chinesische, englische, französische, russische und spanische Fassung gleichermaßen verbindlich ist, trägt das Datum vom 26. November 1968.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

69. Grundsätze für die internationale Zusammenarbeit bei der Ermittlung, Festnahme, Auslieferung und Bestrafung von Personen, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben

Angenommen durch die Resolution 3074 (XXVIII) der Generalversammlung vom 3. Dezember 1973.
Abstimmungsergebnis: 94 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 29 Enthaltungen¹⁾.

Deutscher Text: Übersetzung des Herausgebers in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York.

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2583 (XXIV) vom 15. Dezember 1969, 2712 (XXV) vom 15. Dezember 1970, 2840 (XXVI) vom 18. Dezember 1971 und 3020 (XXVII) vom 18. Dezember 1972,

unter Berücksichtigung der besonderen Notwendigkeit, internationale Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß Personen, die sich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, verfolgt und bestraft werden,

nach Prüfung des Entwurfs von Grundsätzen für die internationale Zusammenarbeit bei der Ermittlung, Festnahme, Auslieferung und Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben,

erklärt, daß die Vereinten Nationen, geleitet von den Grundsätzen und Zielen der Charta hinsichtlich der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die folgenden Grundsätze für die internationale Zusammenarbeit bei der Ermittlung, Festnahme, Auslieferung und Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, proklamieren:

1) Afghanistan, Argentinien, Bahrain, Bolivien, Brasilien, Chile, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Indonesien, Japan, Kamerun, Katar, Kolumbien, Kuwait, Malawi, Oman, Pakistan, Paraguay, Portugal, Saudi-Arabien, Schweden, Spanien, Türkei, Uruguay, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Zaire, Zentralafrikanische Republik.

- (1) Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wo immer sie begangen wurden, bedürfen einer Untersuchung, und Personen, gegen die Beweise vorliegen, daß sie solche Verbrechen begangen haben, sind aufzuspüren, festzunehmen, vor Gericht zu stellen und, falls für schuldig befunden, ihrer Strafe zuzuführen.
- (2) Jeder Staat ist berechtigt, seine eigenen Staatsbürger wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzuurteilen.
- (3) Die Staaten arbeiten auf zwei- und mehrseitiger Grundlage zusammen, um zu erreichen, daß Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unterbunden und verhindert werden, und ergreifen dazu die notwendigen Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene.
- (4) Die Staaten unterstützen sich gegenseitig, um Personen, die unter Verdacht stehen, solche Verbrechen verübt zu haben, zu ermitteln, festzunehmen, vor Gericht zu stellen und, falls sie für schuldig befunden werden, zu bestrafen.
- (5) Personen, gegen die Beweise vorliegen, daß sie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, sind vor Gericht zu stellen und, falls für schuldig befunden, zu bestrafen, im allgemeinen in den Ländern, in denen sie die Verbrechen begangen haben. Dabei arbeiten die Staaten in Angelegenheiten der Auslieferung solcher Personen zusammen.
- (6) Die Staaten arbeiten bei der Beschaffung von Informationen und Beweismitteln zusammen, welche die Aburteilung der in Absatz 5 genannten Personen erleichtern, und tauschen solche Informationen untereinander aus.
- (7) Im Einklang mit Artikel 1 der Erklärung über territoriales Asyl vom 14. Dezember 1967 gewähren die Staaten Personen kein Asyl, bei denen schwerwiegende Gründe zu der Annahme vorliegen, daß sie ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben.
- (8) Die Staaten treffen keine gesetzgeberischen oder anderen Maßnahmen, welche die von ihnen übernommenen internationalen Verpflichtungen hinsichtlich der Ermittlung, Festnahme, Auslieferung und Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, beeinträchtigen können.
- (9) Bei der Zusammenarbeit zur Ermittlung, Festnahme und Auslieferung von Personen, gegen die Beweise vorliegen, daß sie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, sowie zu deren Bestrafung, falls sie für schuldig befunden worden sind, handeln die Staaten im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.